

09.04.2014

## "Ohne Landwirte geht nichts"

Staatsminister Brunner sprach in Landwirte-Landesversammlung – Hilfen werden weiter gewährt

von Norbert Peter



Bei der Versammlung:  
Landwirtschaftsminister Helmut Brunner  
(l.) und Karl Fuchs, Landesvorsitzender  
der Landwirte im Nebenberuf. –F:Peter

**Schönberg.** "Die Landwirtschaft ist zu einer Schlüsselbranche bei der Lösung wichtiger Zukunftsaufgaben geworden", betonte Bayerns Landwirtschaftsminister Helmut Brunner in der Landesversammlung der Landwirte im Nebenberuf im Hotel "Zur Post". "Ohne Landwirte geht nichts und damit sind die bäuerlichen Familienbetriebe mit all ihren Bewirtschaftungsformen wieder dort angekommen, wo sie hingehören: nämlich in der Mitte der Gesellschaft".

Die Perspektiven für Bayerns Landwirtschaft seien so gut wie schon lange nicht mehr. Das würden die hohe Nachfrage nach den bayerischen Spezialitäten und der bayerische Agrarexport, der mit rund 8,2 Milliarden Euro weiter auf Rekordkurs ist, zeigen. "Das spüren unsere

Landwirte und deshalb investieren sie kräftig, allein im Jahre 2013 haben wir Anträge mit einem förderfähigen Investitionsvolumen von 750 Millionen Euro erhalten. All dies sichert Arbeitsplätze und Wertschöpfung vor allem in den ländlichen Regionen Bayerns. Zudem bleibt das Land flächendeckend in Kultur, was wiederum die Grundlage für den Tourismus ist, der allein in Bayern 600000 Menschen beschäftigt", so Brunner.

Helmut Brunner betonte, "Ziel meiner Agrarpolitik ist es, den Agrarstandort Bayern zu sichern und dafür günstige Rahmenbedingungen zu schaffen. Jeder bäuerliche Familienbetrieb soll unabhängig von seiner Größe, Ausrichtung und Bewirtschaftungsform Zukunftschancen haben. Entscheidend für den Erfolg sind eine gute Ausbildung, Kreativität und das unternehmerische Geschick der Betriebsleiterfamilie und nicht die Größe des Betriebs".

Diesen eigenständigen Bayerischen Weg in der Agrar- und Forstpolitik werde konsequent weitergegangen und weiterentwickelt, so Brunner. Er war Richtschnur für die von den Agrarministern in München beschlossene Besserstellung der bäuerlichen Familienbetriebe, für den Koalitionsvertrag der Bundesregierung und für das europäische Agrarmodell. "Zudem bestätigt das von der UN für 2014 ausgerufene "Internationale Jahr der bäuerlichen Familienbetriebe" unser Leitbild und unseren Bayerischen Weg".

Weitere Schwerpunkte der bayerischen Politik seien das Tierwohl und die bodengebundene Tierhaltung mit raumverträglichen Bestandsgrößen. "Deshalb werden wir eine attraktive Investitionsförderung anbieten und uns an den Kosten für besonders tiergerechte Stallungen mit einem erhöhten Zuschuss beteiligen." Am Grundsatz "Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht" will Brunner nicht rütteln. "Deshalb will ich wieder ein breitgefächertes KULAP anbieten, das für alle Landwirte interessant ist."

Bayern hält, so Brunner, an dem Ziel der flächendeckenden Landbewirtschaftung fest, auch wenn immer mehr Länder sich ganz oder teilweise aus der Ausgleichszulage zurückziehen.

"Den neuen Verfassungsgrundsatz der gleichwertigen Lebensbedingungen im gesamten Land setzen wir

durch eine noch gezieltere Unterstützung der Gemeinden und ländlichen Räume mit Integrierter Ländlicher Entwicklung, Dorferneuerung, Flurneuordnung und Leader um."

Bayern sei stolz darauf, dass rund 60000 Betriebe, das sind 55 Prozent der bayerischen Landwirte im Nebenerwerb wirtschaften, auf diesem Weg zusätzliches Einkommen erzielen und gleichzeitig knapp 30 Prozent der Landesfläche in Kultur halten. Die Bedeutung der Nebenerwerbslandwirte gehe weit über ihren wirtschaftlichen und landeskulturellen Beitrag hinaus.

### **Genmais: Kritik an Stimmenthaltung**

Erreicht werden konnte, dass Betriebe mit mehr als 75 Prozent Grünlandanteil und solche bis zehn Hektar Ackerbau keine Anbaudiversifizierung – bis 30 Hektar Ackerbau nur zwei Früchte – nachweisen müssen. Ökologische Vorrangflächen müssen nur Betriebe über 15 Hektar Ackerbau oder mit weniger als 75 Prozent Grünland erbringen; damit sind viele Nebenerwerbsbetriebe vom Greening nicht oder kaum betroffen. Der Aufschlag auf die ersten Hektar bei den EU-Direktzahlungen komme ebenfalls den Nebenerwerbslandwirten besonders zu Gute.

"Für die Anliegen wie Herausnahme der Ehefrau aus der Versicherungspflicht für die Alterskasse, Aufgabe der Hofabgabeklausel bei der agrarsozialen Sicherung in der Selbstverwaltung der landwirtschaftlichen Organisationen habe ich Verständnis. Ich befürchte aber, dass dies derzeit nicht durchsetzbar sein wird", erklärte Brunner.

Bayern war auch Mitgestalter auf Bundesebene und in Berlin. "Der Koalitionsvertrag der Bundesregierung trägt die Handschrift Bayerns. Wir konnten Zusatzbelastungen für die Landwirte an Substanzsteuern abwenden, wichtige Unterstützungsmaßnahmen erhalten, wie Agrardiesel und Schlimmeres verhindern, wie das Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände." Die bisher erreichten praxisorientierten Lösungen dürften nicht durch konkretisierendes Kommissionsrecht wieder eingeschränkt werden.

Mit seinen Ausführungen kam Brunner den Forderungen und Wünschen, die vom Vorsitzenden Karl Fuchs und Landwirten im Nebenberuf in der Landesversammlung angesprochen wurden, entgegen. "Grünland-Pflegeumbruch müsste genehmigt werden", so eine Forderung, da Grünland umweltpolitisch zu sehr oben angesiedelt sei. In den Jahren von 1920 bis 1960 gab es in allen Bundesländern einen viel höheren Ackerbauanteil, wurde angeführt.

Brunner wurde gebeten, darauf hinzuwirken, dass die von der Bundeskanzlerin Angela Merkel angedachte Waldwildnis nicht zum Tragen komme. Die Kanzlerin will nämlich fünf Prozent der Waldfläche sich selbst überlassen.

Kritisiert wurde auch die Stimmenthaltung zum Genmais 1507. Brunner erklärte, wenn sich die Koalition nicht einig ist, muss diese sich der Stimme enthalten. Daran führte kein Weg vorbei.

Neu geregelt werden sollte, so ein Landwirt, die Hofübergabeklausel. Brunner: "Bei dieser 1957 erstmals eingeführten Regelung bei Hofübergaben mit Leibgeding ist dem Übernehmer viel aufgetragen worden. Der neuen Regelung zufolge muss nun ein Landwirt, der Bauernrente beziehen will, den Hof übergeben, wobei auch Verpachtungen möglich sind".

Ein Landwirt meinte, auf staatliche Förderungen eingehend, warum diese vor allem für Betriebsaufstockungen gewährt werden, wenn man sowieso schon eine Überproduktion hat.